

Die Linke

Kreisverband
Gelsenkirchen

**Wahlprogramm zur
Kommunalwahl
2025**

Inhaltsverzeichnis

Arbeit	4
Sozialpolitik.....	7
Armut	9
Wohnen.....	11
Bildung	17
Kinder und Jugend.....	19
Wirtschaft und Finanzen.....	21
Gesundheitspolitik	23
Mobilität.....	25
Digitalisierung.....	27
Planung	29
Ordnung.....	32
Friedenspolitik.....	34
Antifaschismus.....	36
Geschlechtergerechtigkeit und Queerpolitik	39
Migration.....	41
Inklusion.....	43
Seniorenpolitik.....	47
Klimaschutz, Energiewirt-schaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz.....	48
Sportpolitik	52
Kulturpolitik.....	53

Liebe Gelsenkirchener*innen,

unsere Stadt ist lebenswert, doch hat sie seit vielen Jahren mit schweren sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Die **lokale Politik der etablierten Parteien** hat daran bislang leider nichts geändert. Im Gegenteil.

Auch die **chronische Unterfinanzierung** der Kommune haben die Parteien bisher nicht beseitigt, obwohl ihre Parteigenossen in Land und Bund regieren. Die Stadt braucht aber **mehr Geld**, wenn sie die wachsenden sozialen Herausforderungen schultern soll.

Es ist deshalb **mehr Druck nötig**, um ein **lebenswertes Gelsenkirchen für alle** gestalten zu können. Dieser Druck kann nur **von links** kommen, denn trotz anderslautender Propaganda setzt die **Politik der herrschenden Parteien gegen die arbeitenden Menschen** in radikalierter Form fort: mehr Ungerechtigkeit, mehr Ausgrenzung, mehr soziale Kürzungen, mehr Aufrüstung, **mehr Kampf jeder gegen jeden**.

Was wir brauchen, ist eine **solidarische Stadt**, die für alle Einwohner gleichermaßen lebenswert ist. Eine **echte Alternative** zur Politik der vergangenen Jahre kann daher **nur von Links** kommen.

Wir sind überzeugt, dass unsere Vorschläge zur Lösung der aktuellen Probleme unserer Stadt in die richtige Richtung weisen und empfehlen uns als Kandidat*innen Ihrer **Wahl für den neuen Stadtrat**, für die **Bezirksvertretungen** und die **Ausschüsse**. Mit uns wählen Sie frischen Wind, denn wir sind für **Öffentlichkeit, Transparenz und konsequente Politik** statt für Kungelei und faule Kompromisse.

Um die von uns vorgeschlagenen Veränderungen zumindest teilweise durchsetzen zu können, benötigen wir **Ihre aktive Unterstützung** und die weiterer Gelsenkirchener Bürger*innen.

Wenn Sie ein lebenswertes Gelsenkirchen für alle wollen, sollten Sie die Linke wählen.

Arbeit

Eine gerechte und zukunftsfähige Beschäftigungspolitik für alle

In den vergangenen Jahren wurden in Gelsenkirchen trotz wachsender Aufgaben viele Stellen abgebaut. Dies hat zu einer Überlastung des Öffentlichen Dienstes geführt, hohe Krankenstände verursacht und die Qualität der Daseinsvorsorge verschlechtert. Zudem ist Fachwissen in den Verwaltungen verloren gegangen. Gleichzeitig ist die Abhängigkeit von teuren externen Dienstleistern und Beratern gewachsen, besonders bei Bau- und Infrastrukturprojekten. Dies wiederum fördert die Anfälligkeit für Korruption. Eine bessere öffentliche Daseinsvorsorge und der Ausbau kommunaler Einrichtungen erfordern einen klaren Kurswechsel in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Deshalb setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- Kein weiterer Stellenabbau im Öffentlichen Dienst
- Unbefristete Übernahme von Auszubildenden
- Unbefristete Arbeitsverträge für alle im öffentlichen Dienst
- Einführung kommunaler Personalentwicklungs- und -aufbaupläne
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Ausbau kommunaler Eigenbetriebe für die öffentliche Daseinsvorsorge
- Stopp aller Ausgliederungen öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister
- Keine Vergabe öffentlicher Aufträge ohne klare soziale und ökologische Vorgaben (Tarifbindung, faire Lieferketten, Umweltstandards)
- Entwicklung kommunaler Stadtwerke und Energieversorger zu Vorreitern regenerativer, dezentraler Energieerzeugung und Dienstleistern für lokale Energiegenossenschaften
- Tarife für alle: Kommunale Betriebe müssen die gültigen Tarifverträge einhalten. Die Ausgliederung von Personalgesellschaften, um auf diese Weise die Löhne zu drücken, lehnen wir ab.

Gute Arbeit

Die Zahl der Langzeiterwerbslosen in GE bleibt extrem hoch. Statt sie weiterhin auf den Arbeitsmarkt zu verweisen, muss die Stadt sozialpolitische Verantwortung übernehmen und weitere Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen – vor allem in kommunalen Einrichtungen und durch spezielle Beschäftigungsträger. Diese Beschäftigung muss durch öffentliche Mittel und Förderprogramme finanziert werden.

Für uns als Linke sind unbefristete, sozialversicherte Arbeitsverhältnisse, tarifliche Entlohnung und die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung zentrale Bedingungen für gute Arbeit. Langzeiterwerbslosen dürfen keine prekären Beschäftigungsverhältnisse zugemutet werden. Arbeitsverhältnisse, die keine Arbeitslosenversicherung bieten, müssen verbessert und rechtlich auf das Niveau regulärer Arbeitsverhältnisse angehoben werden.

Jeder Mensch braucht entlohnte Arbeit für ein menschenwürdiges Leben. Der größte Teil der erwerbslosen Menschen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung.

Für Bürgergeld-Bezieher*innen fordern wir deshalb:

- einen durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Weiterbildung und Qualifikation
- Stopp von sog. Arbeitsgelegenheiten
- statt Kürzung von Eingliederungsmitteln ihre Aufstockung zur Förderung aller arbeitslosen Menschen
- angebotene Beschäftigung muss freiwillig sein und darf nicht durch Sanktionen vom Jobcenter erzwungen werden
- Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss unbefristet sein, Befristungen sind nur in Ausnahmefällen zulässig
- Die Beschäftigung muss tarifgebunden und fair entlohnt werden
- Unterstützung für die Beschäftigten, wie z.B. Kinderbetreuung, psychologische Hilfe oder Arbeitsassistenz für Menschen mit Behinderungen, muss garantiert werden
- Es muss Unterstützung bei der Suche nach anderen Arbeitsplätzen geben

Öffentliche Beschäftigung im sozialen Bereich ausbauen

Wir fordern den Ausbau von Stadtteilzentren in benachteiligten Stadtteilen. Dort sollen soziale, technische und handwerkliche Dienstleistungen angeboten werden, die sich Erwerbslose und Geringverdienende auf dem „freien“ Markt nicht leisten können. Diese Angebote müssen durch öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen werden, sodass ein Mindestlohn von 15€ für alle zu schaffen ist.

Zudem setzen wir uns für mehr Unterstützung für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen im Alltag ein. Die Städte sollen Angebote zur Begleitung und Hilfe entwickeln, die diese Gruppen unterstützen.

Die Linke fordert eine Arbeitsmarktpolitik, die nicht den Markt, sondern die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Beschäftigung muss den sozialen und ökologischen Bedürfnissen der Gesellschaft dienen, nicht den Profitinteressen einiger weniger.

Sozialpolitik

Für ein soziales Miteinander in Gelsenkirchen

Die soziale Spaltung zwischen Arm und Reich wird immer tiefer. Gelsenkirchen leidet unter dem ersatzlosen Abbau ihrer Industriearbeitsplätze und enormen Kaufkraftverlusten.

Bund und Länder investieren Milliarden in Prestigeobjekte und vernachlässigen gleichzeitig die Weiterentwicklung attraktiver und lebenswerter Wohnorte. Die Schwächung der öffentlichen Finanzen, insbesondere in den Kommunen, führt zu Einsparungen bei sozialen Projekten. Investitionen in die Daseinsvorsorge fehlen.

Doch mit der einseitigen Ausrichtung auf Wirtschaftsförderung, privaten Wohnungsbau und Quartiersaufwertung sind die falschen Rahmenbedingungen gesetzt worden: Die Chancen des Stadtumbaus hin zu einer ökologischen, Energie einsparenden und sozialverträglichen Wende der Stadtentwicklung unter breiter Beteiligung und Mitbestimmung der Bewohner*innen werden nur ungenügend genutzt. In einigen Projektgebieten ist die Stimmung besser, das Wohnumfeld baulich schöner geworden, die sozialen Probleme aber sind weitergewachsen.

Die Linke fordert und unterstützt:

- Die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Einwohner*innen in allen politischen Fragen
- Die Selbstorganisation durch bspw. Mieterinitiativen der Einwohner*innen
- Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand; dies gilt für den Verkehr, die soziale Infrastruktur für Kinder, Familien und Senior*innen, Gesundheitsdienste, Beratungsstellen u. v. m
- Den Bau bezahlbarer kommunaler Wohnungen
- Die Grundversorgung aller Einwohner*innen in Bezug auf Strom, Heizung, Gas, Wasser und Internet muss gewährleistet sein
- Die sozialen Sicherungssysteme müssen weiter ausgeweitet werden, um Lücken der sozialen Infrastruktur zu schließen
- Eine sozialraumorientierte Politik, wie etwa ÖPNV- Entwicklung und Vernetzung müssen verbessert werden

Es gibt es viele Möglichkeiten, sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken:

- Die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse mit guten Löhnen, von denen Menschen leben können, ohne auf aufstockende Leistungen angewiesen zu sein
- Der Ausbau und die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, im ersten Schritt zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende sowie Rentner*innen, Bürgergeld- und Grundsicherungsbezieher*innen
- Die Schaffung neuer Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge, wie z. B. Gelsenkirchener Sozialpass für Museen, Schwimmbäder und Sozialtarife für Strom und Gas
- Die Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen
- Die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichts
- Der Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen, z. B. Erwerbslosenzentren, Schuldnerberatungen, AIDS-Hilfen, ambulante Suchthilfe und Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen sowie Beratungsstellen für Geflüchtete Menschen
- Die Stärkung von Bürgerzentren
- Die weitere Förderung von Verbraucherschutzzentralen mit einer ausreichenden personellen Ausstattung
- Die Ausweitung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Menschen, die von Wohnungs- oder Obdachlosigkeit betroffen sind

Armut

Die Armut in Gelsenkirchen überwinden

Die offene und die verdeckte Massenerwerbslosigkeit sowie die ständige Zunahme unsicherer, schlecht bezahlter Beschäftigungsverhältnisse sind die wesentlichen Gründe für die Verarmung der Menschen.

Deshalb fordert Die Linke:

- Eine bedarfsgerechte Mindestsicherung von derzeit 1.400 Euro statt Bürgergeld
- Ein individueller Anspruch statt Bedarfsgemeinschaften. Dies schützt die Menschenwürde und vermeidet Abhängigkeiten, die mit Gewalt einhergehen können
- Einen Mindestlohn von 15 Euro, der sich jährlich automatisch mindestens gemäß der Inflation erhöht. Denn alles andere bedeutet Altersarmut
- Die Ausnahmen für Langzeiterwerbslose, Jugendliche unter 18, Menschen mit Behinderung und Praktika müssen gestrichen werden
- Eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen

Was tun in Gelsenkirchen?

Der aktuell wieder steigende Arbeitsplatzabbau führt in unserer Stadt zu weiter sinkender Kaufkraft, Gelsenkirchen liegt in der Statistik beim Durchschnittseinkommen ganz unten.

Wir kämpfen gemeinsam mit Sozialverbänden und Gewerkschaften für die Überwindung der Armut. Entscheidend hierfür sind sichere Arbeitsplätze mit tariflicher existenzsichernder Entlohnung.

Wir kämpfen für eine sanktionsfreie Mindestsicherung.

Ein wichtiges Moment ist darüber hinaus das Angebot der Sozialberatung, auch durch die Stadt.

Auch wir engagieren uns in Gelsenkirchen durch eine Sozialberatung durch geschulte Mitglieder der Partei.

Deshalb fordern wir auf kommunaler Ebene:

- Perspektivlose und armutsfördernde 1,50€, 1€ und sogar 0,80€ Jobs, Kombi-lohnstellen und prekäre Beschäftigung in allen ihren Formen müssen beendet werden. Stattdessen müssen ausschließlich unbefristete, tarifgebundene, sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden, die aufstockende Bürgergeldleistungen überflüssig machen
- Die Übernahme der Wohnkosten (KDU) durch die Jobcenter und Sozialämter muss sich am Mittelwert des kommunalen Mietspiegels beziehungsweise entsprechender Vergleichsmieten orientieren und grundsätzlich in voller Höhe übernommen werden. Zwangsumzüge wollen wir abschaffen
- Mietendeckel für Gelsenkirchen
- Strom- und Gassperren sind menschenunwürdig und ausnahmslos zu untersagen

Durch die Einführung eines Sozialpasses wollen wir Menschen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrages kostenlosen Zugang zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Bibliotheken, Theater etc. ermöglichen.

Mitbürger*innen, die als Wohnungslose im öffentlichen Raum leben, haben Anspruch auf kommunale Unterstützung. Sollten sie den Wunsch haben, sich gesellschaftlich wieder einzugliedern, erwarten wir von der Stadt ein Angebot von Beratung, Begleitung und ein bezahlbares Angebot von Wohnraum, um Integration zu fördern. Die Linke möchte das System von „Streetworkern“ ausbauen.

Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht

Wir wollen eine Wohnpolitik, die allen das Recht auf Wohnen garantiert und die sich nicht am Markt orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Die nicht auf Profite aus ist, sondern auf das Gemeinwohl.

Das Recht auf Wohnen bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Wir wollen Stadtteile, die lebenswert sind und in denen sich jede*r das Wohnen leisten kann. Wir wollen, dass niemand Angst haben muss um seine Wohnung.

Auch in Gelsenkirchen wird Wohnen immer teurer. Die Mieten steigen weiter und weiter, ohne dass sich Löhne und Sozialleistungen diesem anpassen. Es wird immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Besonders Familien müssen dadurch mit viel zu wenig Platz auskommen.

Über Mieten wird Reichtum von unten nach oben verteilt. Ärmere Menschen müssen ihre Miete zahlen, sonst droht ihnen die Obdachlosigkeit, während Reiche leistungslos und nur durch Eigentum ihr Vermögen immer weiter vergrößern können.

Durch die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Privatisierung großer Wohnungsbestände sind bundes- und landespolitisch viele Entscheidungen getroffen worden, die sich nun negativ in den Kommunen auswirken. Ganze Viertel gehören gewinnorientierten und börsennotierten Wohnungskonzernen, welche die Mieten weiter und weiter anheben, aber statt die Häuser zu sanieren, das Geld an ihre Aktionär*innen ausschütten. Nebenkostenabrechnungen sind oft falsch und völlig übersteuert.

Die Häuser denen, die drin wohnen

Als Linke stehen wir an der Seite der Mieter*innen. Wir unterstützen Initiativen wie „Deutsche Wohnen & Co enteignen“. Nur durch die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne und einen großen Bestand in öffentlicher Hand können wir langfristig günstige Mieten und gute Wohnbedingungen garantieren und dabei auch Mieter*innen Mitbestimmung ermöglichen.

Wo immer es möglich ist, sollten über gezielten Ankauf und Vorkaufsrechte kritische Bestände zurückgekauft werden. Über die Wohnungsaufsicht kann parallel Druck

aufgebaut werden.

Mieter*innen stärken

Immer mehr Mieter*innen setzen sich gegen Mietenwahnsinn und Verdrängung zur Wehr, immer mehr organisieren sich in Mieterinitiativen, um gemeinsam gegen die Wohnungsnot zu kämpfen. Wir als Die Linke solidarisieren uns mit ihnen und unterstützen sie, wo wir nur können.

Wir wollen einen wirksamen Mietendeckel in allen Kommunen. Der Preis für Wohnen darf sich nicht an völlig überdrehten Marktpreisen orientieren, sondern muss an die tatsächlichen Kosten angepasst sein. Bis es einen wirksamen Mietendeckel gibt, muss das Land zumindest in mehr Kommunen einen angespannten Wohnungsmarkt anerkennen, damit wenigstens die Mietpreisbremse und ein etwas besserer Schutz vor Mieterhöhungen greifen.

Der Mietspiegel führt dazu, dass Mieten immer weiter steigen. Durch eine Anpassung an den Mietspiegel können Mieterhöhungen durchgeführt werden, die wiederum dafür sorgen, dass der Mietspiegel steigt. Eine Spirale nach oben. Trotzdem wollen wir als Linke einen **qualifizierten** Mietspiegel, um Mieter*innen vor Willkür zu schützen. Er muss sich dafür an den Bestandsmieten orientieren und nicht an den neu abgeschlossenen Mietverträgen.

Die Linke fordert:

- Mietendeckel
- Mietspiegel, die sich an den Bestandsmieten orientieren
- Ausweitung und Unterstützung von Beratungsangeboten
- Zahlung von Mitgliedsbeiträgen von Mietvereinen durch die Jobcenter und Sozialämter

Grundsteuer

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Grundsteuerreform, die ab 2025 erstmals zum Tragen kommt, belastet in NRW die Wohngrundstücke deutlich stärker als Geschäftsgrundstücke. Um diese stärkere Belastung von Wohngrundstücken zu vermeiden, hat das Land NRW per Gesetz den Städten die Möglichkeit gegeben, die Hebesätze der Grundsteuer B für Wohn- und Geschäftsgrundstücke zu differenzieren. Gelsenkirchen hat dies gemacht.

Für den Fall, dass das Landesmodell mit dem differenzierten Hebesatz bei der Grundsteuer B vor Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir, dass das Land die möglichen Steuerausfälle der Städte ausgleicht.

Darüber hinaus wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der Betriebskostenverordnung aufheben. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den Mieter*innen bei den Mietnebenkosten damit auch vollumfänglich in Rechnung gestellt. Das trifft viele Menschen, die mit immer weiter steigenden Mieten kämpfen und im Zuge der Grundsteuerveränderungen zu Recht Sorge vor einem Nebenkosten-Hammer haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümer*innen entrichtet wird.

Ferner wurde mit der Grundsteuerreform die Grundsteuer C wieder eingeführt. Hierbei handelt es sich um eine Grundsteueroption der Kommunen für baureife, aber noch nicht bebaute Grundstücke. Die Kommunen haben also die Möglichkeit, diesen gesonderten Hebesatz zu erheben, sind dazu allerdings nicht verpflichtet. Wir unterstützen die Einführung der Grundsteuer C, wird den Kommunen damit doch ermöglicht, im Falle des Mangels an Bauland dessen spekulativ motivierter Zurückhaltung entgegenzuwirken.

Das Recht auf Wohnen kennt keine Ausnahmen

Wohngeld ist für viele Menschen eine Erleichterung und hilft ihnen, die Miete zu bezahlen. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Wohnungsämter gut ausgestattet sind und alle Anträge schnell bearbeitet werden können.

Die Bezieher*innen von Bürgergeld erhalten zwar die als angemessen geltende Miete bezahlt, aber bei Mietsteigerungen fallen ihre Wohnungen schnell aus der Angemessenheit heraus. Zwangsumzüge sind die Folge. Daher fordern wir flächendeckend, die aktuell auf dem Wohnungsmarkt verfügbaren Angebotsmieten zum Maßstab für die Angemessenheit der Wohnkosten zu machen. Steigen dann die Mieten, steigen die Angemessenheitsgrenzen mit. Niemand darf zu einem Umzug gezwungen werden, weil die Wohnung zu teuer wird.

Die Zahl der Wohnungslosen in der Stadt steigt. Wir fordern, dass mit dem Konzept Housing First Menschen wieder in Wohnungen gebracht werden. Auch die Notübernachtungsstellen müssen verbessert werden. Aktuell sind die Zustände dort teilweise so schlimm, dass Menschen lieber auf der Straße übernachten, auch wenn dies Lebensgefahr bedeutet. Wir fordern gute Notübernachtungsstellen, die kostenlos und für alle Wohnungslosen, unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit, zugänglich

sind. Für Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung und Jugendliche braucht es Angebote, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Außerdem muss dort auch die Unterbringung mit Hund möglich sein.

Die Linke fordert:

- genügend Mitarbeiter*innen für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen,
- Einführung eines schlüssigen Konzeptes zur Ermittlung von Angemessenheitsgrenzen mit jährlicher Evaluierung in allen Kommunen des Landes
- Housing First
- gute, kostenlose Notübernachtungsstellen für alle Wohnungslosen
- Aufenthaltsmöglichkeiten tagsüber mit Heizung, sanitären Anlagen und sozialen Angeboten

Für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik

Das Argument der fehlenden Wohnungen wird dazu benutzt, um den Verkauf von Grundstücken in guten Lagen an Investor*innen und Spekulant*innen zu legitimieren. „Aufwertungs-“ und „Leuchtturmprojekte“ fungieren als Preistreiber in den Stadtteilen und verdrängen die dort lebenden Menschen. Boden ist aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit keine Ware wie jede andere, und die Eindämmung von Bodenspekulation ist zentrale Aufgabe linker Politik. Durch die Vergabe von Grundstücken in Erbpacht kann Gelsenkirchen dauerhaft Einfluss auf deren Gestaltung nehmen und Bodenspekulationen verhindern. Durch eine wirkungsvolle Bodenvorratspolitik können strategisch wichtige Grundstücke frühzeitig erworben werden und die Möglichkeiten der Stadt erweitert werden. Erbpachtgrundstücke in städtischer Hand erleichtern auch den Erwerb von Wohneigentum durch junge Familien.

Die Linke fordert:

- keine Leuchtturmprojekte, sondern langfristige Verbesserungen
- Vergabe von Grundstücken in Erbpacht
- wirkungsvolle Bodenvorratspolitik
- Ausweitung von Vorkaufsrechten und aktiven Ankauf von kritischen Beständen durch die Kommunen

Sozialen Wohnungsbau ausweiten

Wir fordern, dass die Sozialbindung von Wohnungen nicht mehr auslaufen kann, sondern dauerhaft ist. Bei allen Neubauvorhaben streben wir eine Quote von

mindestens 40 % der Wohnflächen als öffentlich geförderten Wohnraum an.

Durch die Einführung eines Baulückenkatasters können Flächen effektiv genutzt und willkürlicher Flächenfraß verhindert werden.

Als Linke sind wir grundsätzlich gegen die weitere Ausweisung von Einfamilienhaus-siedlungen, da diese im Vergleich zum Geschosswohnungsbau überproportional viel Fläche verbrauchen. Stattdessen wollen wir gute Konzepte für gemeinsames Woh-nen wie z. B. Mehrgenerationenhäuser fördern.

Die Linke fordert:

- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und eine festgelegte Quote von min-destens 40 % der Bruttogeschossfläche in den Bebauungsplänen und städte-baulichen Verträgen
- Ausweitung kommunaler Bautätigkeit
- Baulückenkataster
- kein Bau von Einfamilien-siedlungen
- Tauschprogramme „alt zu jung“
- energetische Sanierung im Altbaubestand
- Projekte „Wohnen ohne eigenes Auto“

Kommunale Möglichkeiten nutzen

Die Linke fordert:

- Zweckentfremdungssatzung in allen Kommunen
- Leerstandskataster
- soziale Erhaltungssatzungen insbesondere in ärmeren Quartieren
- Stärkung der kommunalen Wohnungsaufsicht

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften stärken

Die Linke fordert:

- kommunale Wohnungsgesellschaften müssen ihre Mieterhöhungen entspre-chend dem Kostendeckungsprinzip begrenzen
- keine Gewinnausschüttungen, sondern Reinvestition
- Mittel der Gesellschaft sind dauerhaft zweckgebunden, der Verkauf von Woh-nungen an renditeorientierte Träger*innen ist verbindlich ausgeschlossen

- kommunale Wohnungsgesellschaften müssen Strukturen einführen, die Mieter*innen beteiligen und mitbestimmen lassen – denkbar ist z. B. eine Drittelparität (Kommune, Beschäftigte, Mieter*innen)

Kommunale Wärmeplanung sozial gestalten

Im Wärmeplanungsgesetz des Bundes ist geregelt, dass in Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohner*innen bis zum Juni 2026 eine Wärmeplanung erstellt werden muss. Die kommunale Wärmeplanung kann ein wichtiger Baustein zur Energiewende sein.

Die Linke ist für den Ausbau der Fernwärmeversorgung. Dabei muss ein Schwerpunkt die Nutzung industrieller, bisher oft ungenutzter Energiequellen sein. Gleichzeitig ist sie für einen Ausbau einer dezentralen Energieversorgung, wie z. B. die Nutzung von Erdwärme durch Wärmepumpen für Quartiere und Stadtviertel. Hierzu müssen kommunale Angebote geschaffen werden.

Die Kosten der im Bund und in der EU geregelten energetischen Sanierung von Wohnhäusern dürfen auf Mieter*innen grundsätzlich nur bis zur Höhe der Einsparungen bei den Energiekosten umgelegt werden.

Die Linke fordert:

- den Ausbau der Fernwärmeversorgung, in der Regel durch kommunale Anbieter bei Nutzung vorhandener und/oder erneuerbarer Energiequellen
- Kostentransparenz und -kontrolle bei der Preisgestaltung der Fernwärme
- eine quartiersbezogene, dezentrale Energieversorgung z. B. durch Wärmepumpen für Wohnblöcke oder Stadtviertel
- eine sozialverträgliche Gestaltung der Energiewende schon bei der Wärmeplanung
- keine Nutzung von Wasserstoff und Holz zum Heizen
- Fernwärmenetze müssen unter öffentlicher Kontrolle bleiben

Bildung

Für eine starke Bildung und Chancengleichheit in Gelsenkirchen!

Wir setzen uns dafür ein, dass an Bildung nicht gespart wird. Jedes Kind hat das Recht auf eine hochwertige Ausbildung, die es auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Um den steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen zu decken, fordern wir den Ausbau von Kitas. Um den steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen zu decken, fordern wir den Ausbau von Kitas. Wir lehnen den Notfallversorgungsschlüssel von einer Ausgebildeten Fachkraft + Ergänzungskräfte für 60 Kinder ab. Schulen in Gelsenkirchen brauchen eine 100%ige Versorgung mit Ganztagschulen, sowohl für Grund- als auch für weiterführende Schulen. Dies wird Familien entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern.

Im Bereich des Religionsunterrichts fordern wir eine gleichgestaltete Regelung: Entweder jeder lernt seine eigene Religion oder es wird ein neutraler Unterricht angeboten. Wir setzen uns für die Umwandlung von Förderschulen in Schulen mit vernünftiger Integration ein, um allen Kindern die bestmögliche Bildung zu bieten.

Schließlich setzen wir uns für eine vernünftige Erwachsenenbildung ein, denn auch bei der Erwachsenenbildung darf nicht gespart werden.

Für eine starke Bildung und Chancengleichheit in unserer Gemeinde!

- Bekämpfung der Kinderarmut
- Überall kostenloses Essen für Kinder
- jedem Kind ein Kita Platz
- Ganztagschulen für alle
- Sprachförderung für Alle
- Begrenzung der Klassengrößen auf 20 Schüler
- Alle Schulen und Kitas barrierefrei
- Schaffung kommunaler Ausbildungsstellen für Erzieher mit einer Männerquote
- Ausbau von Kitas ein, um den steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen zu decken
- Wir fordern bessere Rahmenbedingungen und Begrenzungen der Gruppengrößen, wie 2 Fachkräfte + Ergänzungskraft bei u3 maximal 8 Kinder, 2-6J 17 Kinder und 3-6J maximal 20 Kinder
- Unterstützung der Arbeiter in den Jugendämtern
- Deutschkurse für Erwachsene
- Zusammenarbeit von Berufskollegs und Arbeitsagenturen, um die berufliche Integration zu fördern
- Ausbau der Volkshochschulen, um Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Bürger zu schaffen
- Renovierung von Schulen, einschließlich der sanitären Anlagen
- Religionsunterricht für alle, entweder jeder lernt seine eigene Religion oder es wird ein neutraler Unterricht angeboten

Kinder und Jugend

Gelsenkirchen fit machen für die nächste Generation

Wir möchten, dass alle Kinder und Jugendlichen in Gelsenkirchen gut und sicher aufwachsen können. Ein gerechter Zugang zu Bildung schon von klein auf ist eine der wichtigsten Voraussetzungen zum Abbau sozialer Ungleichheit. Obwohl die Landesverfassung jedem Kind und Jugendlichen Würde und Schutz vor Gefahren zusichert und nach seinen Bedürfnissen Förderung verspricht, ist die Situation fast im gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe katastrophal.

Kinderarmut wirksam bekämpfen!

NRW versagt seit Jahren bei der Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen. Schätzungsweise 800.000 leben unter der Armutsgrenze. Besonders betroffen sind Familien mit Migrationsgeschichte. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen. Eine gute soziale Infrastruktur wäre eine wesentliche Voraussetzung, um den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden und ihnen gute Zukunftsperspektiven zu bieten. Aber daran mangelt es nicht nur, die Landesregierung will in diesem Bereich sogar drastisch kürzen. Das ist fahrlässig, verschärft die soziale Ungleichheit und damit die Konflikte im Land. Die Linke fordert die Rücknahme aller angedrohten Kürzungen im sozialen Bereich. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Investitionen in Integration und Teilhabe. Kommunale Einrichtungen sollten, wo das möglich ist, ganz auf Gebühren für Kinder und Jugendliche verzichten. Ein diskriminierungsfreier Sozialpass sollte allen berechtigten Familien unkompliziert ausgegeben werden, mit dem sie freien oder stark ermäßigten Eintritt in Museen, Schwimmbäder, Theater und andere öffentliche Einrichtungen erhalten. Dazu sollen die Städte und Gemeinden in NRW zusammenarbeiten und ihre Berechtigungsnachweise gegenseitig anerkennen. Wir wollen, dass kein Kind hungrig bleibt. Dazu gehört, dass es in allen Kitas und Schulen ein kostenloses und gesundes Mittagessen für alle Kinder gibt. Viele Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche sind privatwirtschaftlich organisiert und teilweise richtig teuer. Sie schließen damit Kinder aus finanziell benachteiligten Familien aus. Wir brauchen dagegen nicht weniger, sondern mehr kostenlose Angebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder und Jugendliche.

Jedem Kind ein gutes Zuhause

Die schwierigen Bedingungen der Corona-Jahre, der wirtschaftliche Druck auf die Familien und gesellschaftliche Spannungen haben zu einer starken Zunahme von häuslicher Gewalt geführt. Doch die Jugendämter und Schutzeinrichtungen in unseren Städten und Gemeinden sind in dieser Zeit nicht in entsprechendem Umfang besser ausgestattet worden. Für Kinder, die vor ihrer eigenen Familie geschützt werden müssen, fehlen in so dramatischer Weise Unterbringungsmöglichkeiten, dass die Jugendämter oft bundesweit suchen müssen, wo noch ein guter Platz für ein schutzbedürftiges Kind zu finden ist. Hier muss das Land die Kommunen dringend stärker unterstützen und dafür sorgen, dass in ausreichender Zahl gute Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden, die diesen besonders schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Wo das noch nicht geschieht, sollten die Jugendämter enger interkommunal zusammenarbeiten. Zugleich muss sichergestellt bleiben, dass die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sehr genau auf die Situation in den einzelnen Städten und Gemeinden zugeschnitten werden.

Gelsenkirchen gehört nicht nur den Erwachsenen

Wir wollen, dass sich alle Menschen in Gelsenkirchen wohlfühlen können, auch die jüngsten. Dazu gehören Straßen und Wege, die sich nicht nur am Autoverkehr orientieren, sondern für alle Verkehrsteilnehmer*innen sicher sind: mit Verkehrsberuhigung, getrennten Radwegen und weniger Gedränge. Wir wollen weniger Lärm und Feinstaubbelastung, dafür aber mehr Grün- und Freiflächen und mehr gute Spielplätze. Mittel für Stadtentwicklung müssen dazu besonders in benachteiligte Sozialräume und deren Aufwertung fließen.

Nach der UN-Kinderrechtskonvention haben Kinder und Jugendliche das Recht, bei allen Rechtsverfahren angehört zu werden, die sie unmittelbar betreffen. Ihre Meinung muss nicht immer das letzte Wort sein, aber doch altersgemäß berücksichtigt werden. Es muss also im Stadtrat selbstverständlich werden, dass Kinder und Jugendliche bei sie betreffenden Entscheidungen mit einbezogen werden – und zwar nicht nur in der Kinder- und Jugendhilfe. Einrichtungen, in denen Jugendliche selbstbestimmt mitwirken können, müssen besonders gefördert werden. Jugendzentren dürfen nicht der Sparpolitik geopfert werden.

Wirtschaft und Finanzen

Für ein handlungsfähiges Gelsenkirchen

Die Städte stecken in einer dramatischen Finanzkrise mit einem kommunalen Rekorddefizit von bundesweit fast 25 Milliarden Euro allein für das vergangene Jahr. Allein Gelsenkirchen ist mit 500 Mio. Euro Altschulden belastet und leidet zudem unter einer der höchsten Arbeitslosenquoten im Ruhrgebiet. Besonders junge Menschen sind betroffen, gleichzeitig fehlen Fachkräfte. Der geplante Verkauf der BP-Raffinerie gefährdet rund 2.000 weitere Arbeitsplätze. Die Folgen des Strukturwandels – Arbeitsplatzverluste, soziale Unsicherheit, wegbrechende Sozialbindungen, ein vernachlässigtes Stadtbild – untergraben den gesellschaftlichen Zusammenhalt und stärken rechtsradikale und rassistische Scheinlösungen.

Die Linke Gelsenkirchen fordert deshalb:

- Einführung eines echten Altschuldenfonds durch Bund und Land. Die geplanten Bundesmittel liegen hinter den Erwartungen der NRW-Städte zurück und reichen zusammen mit den Landesmitteln für eine nachhaltige Altschuldenlösung noch nicht aus
- Stärkung der kommunalen Finanzen: Wer Aufgaben an die Kommunen überträgt, muss auch für die Finanzierung sorgen (Konnexitätsprinzip)
- Höherer kommunaler Steueranteil: Anhebung des kommunalen Anteils am Steueraufkommen in NRW auf mindestens 28 %
- Abschaffung des Vorrangs der Privatwirtschaft: Die Gemeindeordnung NRW muss reformiert werden, um kommunale Wirtschaftsförderung und Daseinsvorsorge zu stärken
- Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes in Gelsenkirchen, insbesondere für Langzeitarbeitslose und junge Menschen
- In Rotthausen gibt es eine niederschwellige Zweigstelle des JobCenters, wo sich Arbeitsuchende ohne Termin beraten lassen können. Diese Form von dezentraler und zwangloser Beratung sollte auf andere Stadtteile ausgeweitet werden
- Reform der Gewerbesteuer zur Gemeindewirtschaftssteuer, bei der große Unternehmen stärker herangezogen werden als kleine
- Soziale Grundsteuerreform: Keine Mehrbelastung für Mieter*innen. Wir fordern unterschiedliche Hebesätze für Wohngebäude und Firmengrundstücke um die Mieter*innen zu entlasten

- Wohnungen dürfen nicht leerstehen, um die Mieten hochzutreiben. Um das zu verhindern, haben andere Städte eine Zweckentfremdungssatzung eingeführt
- Einführung der Grundsteuer C durch die Stadt zur Bekämpfung von Bodenspekulation durch höhere Besteuerung unbebauter, baureifer Grundstücke
- Förderprogramme von Bund, Land und EU ohne Eigenanteil zugänglich machen, besonders für Kommunen in Haushaltssicherung
- Verantwortungsvolle Bodenpolitik: Kein Verkauf strategisch wichtiger öffentlicher Grundstücke. Gewerbeflächen sollen nur noch im Erbbaurecht vergeben werden

Gesundheitspolitik

Die Linke Gelsenkirchen betrachtet Gesundheit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und lehnt eine rein profitorientierte Organisation des Gesundheitssystems ab. Stattdessen fordert Die Linke ein solidarisches Gesundheitssystem, das die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellt und allen Bürger*innen Zugang zu einer hochwertigen medizinischen und pflegerischen Versorgung bietet.

In Gelsenkirchen soll eine flächendeckende Versorgung mit Ärzt*innen, Therapeut*innen, Pflegepersonal und Krankenhäusern sichergestellt werden. Die Linke unterstützt die Einrichtung kommunaler Gesundheitszentren mit fest angestelltem medizinischem Personal, wie zum Beispiel in Essen. Diese Zentren sollen insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen entstehen, um gesundheitliche Ungleichheiten zu bekämpfen und wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten.

Es dürfen nach der Schließung des Krankenhauses in Horst keine weiteren Krankenhäuser mehr geschlossen werden.

Die Stadt soll sich für eine personelle Aufstockung an den Kliniken, an denen sie beteiligt ist – die Knappschaftsklinik Buer – einsetzen, mit besonderem Fokus auf den Ausbildungsbereich.

Armut macht krank – deshalb setzt sich Die Linke für eine enge Verknüpfung von gesundheitlicher und sozialer Beratung ein. Armutsbekämpfung ist die wirksamste Präventionsmaßnahme für Gesundheit.

Gesundheitskioske bieten eine niedrigschwellige medizinische Versorgung und verhindern durch Aufklärung eine Überbeanspruchung der Notaufnahmen. Sie können insbesondere in sozial benachteiligten Gebieten zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung beitragen. Da die Mittel dafür vom Bund auch für Gelsenkirchen gestrichen worden sind, sollte die Stadt in Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft eigene Gesundheitskioske einrichten.

Ungewollt Schwangere haben das Recht auf ergebnisoffene Beratung und sichere Schwangerschaftsabbrüche. Die Linke setzt sich für den Ausbau nicht-konfessioneller Beratungsstellen in Gelsenkirchen ein und unterstützt die Niederlassung von Gynäkolog*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.

Die Linke fordert eine akzeptanzorientierte Drogenpolitik mit umfassender Regulierung aller Drogen. Suchtprävention soll auf kommunaler Ebene stattfinden, etwa

durch Aufklärungskampagnen und den Ausbau ambulanter Suchthilfeangebote. Die Linke unterstützt das Verbot des Verkaufs von Partydrogen wie Lachgas.

Mobilität

Die Linke Gelsenkirchen setzt sich für eine konsequente Mobilitätswende ein – weg von der autogerechten Stadt, hin zu einer umweltfreundlichen, sozialen und barrierefreien Verkehrspolitik. Mobilität muss für alle zugänglich, bezahlbar und sicher sein.

Der ambitionierte **Masterplan Mobilität** wurde durch Änderungen von SPD und CDU stark abgeschwächt. Wir setzen uns dafür ein, diese Änderungen rückgängig zu machen und fordern die konsequente Umsetzung des Masterplans Mobilität.

Wer mehr Platz verbraucht, soll mehr zahlen. **Höhere Parkgebühren** für übergroße Fahrzeuge wie SUVs, etc.

Der **öffentliche Nahverkehr** (ÖPNV) ist das Herzstück einer klimafreundlichen Mobilität. Maßnahmen wie das Deutschland-Ticket sind ein guter Anfang, doch unser langfristiges Ziel bleibt ein vollständig steuerfinanzierter, kostenloser ÖPNV für alle.

Bis dahin fordern wir ein **9-Euro-Sozialticket** als Deutschlandticket, zumindest aber in den Kommunen, und freie Fahrt für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende.

In Gelsenkirchen sind bislang nur 78 Prozent der **Haltestellen barrierefrei** ausgebaut – das ist zwar über dem Durchschnitt im VRR-Gebiet (74 Prozent), aber noch lange nicht genug. Wir begrüßen das Vorhaben des VRR, den Kommunen bei der Planung barrierefreier Haltestellen zu unterstützen, und fordern die Stadt auf, diese Chance konsequent zu nutzen.

Wir unterstützen den geplanten **Ringschluss der Straßenbahnlinie 301** von GE-Horst zur Innenstadt unter Erhalt der Bäume und fordern eine bessere Anbindung der Westfälischen Hochschule an Bus und Bahn.

Die Einrichtung der **neuen Buslinie 388** von Rotthausen nach Feldmark wurde maßgeblich durch das Rotthausener Netzwerk angestoßen. Die Linke Gelsenkirchen hat dieses Vorhaben von Beginn an unterstützt. Solches bürgerschaftliches Engagement wollen wir fördern – auch mit Blick auf den neuen Nahverkehrsplan.

- Für die Schaffung einer direkten **Ost-West-Busverbindung**.
- Für eine **verbesserte Taktung** der Bus- und Bahnlinien – insbesondere abends, an Wochenenden und Feiertagen

- Viele Frauen fühlen sich nachts auf dem Heimweg unsicher. Wir fordern ein **Gutscheinmodell**, das Frauen die nächtliche Taxi-Fahrt erleichtern soll, insbesondere für die „letzte Meile“ von der Haltestelle nach Hause
- Der Ausbau **straßenunabhängiger und getrennter Radwege** ist für uns ein zentraler Baustein nachhaltiger Mobilität. **Feste Radwege** statt aufgemalte Schutzstreifen, z.B. auf der De-La-Chevallerie-Straße
- Für eine **direkte Fahrrad-Nord-Süd-Verbindung**.
- Für **weitere Fahrradstraßen**, BikePorts, Reparaturstationen und Schutzmaßnahmen gegen Falschparken auf Radwegen
- Jährlich stehen 1,6 Mio. Euro für Radverkehr zur Verfügung – diese Mittel müssen aufgestockt und **mehr Personal** für die Planung neuer Radwege eingestellt werden
- Für ein **kommunales Parkraummanagement**: Weniger Stellflächen für Autos, mehr Platz für den Rad- und Fußverkehr sowie zusätzliche Grünflächen zur Aufwertung des öffentlichen Raums
- Für die **Einrichtung von „Parklets“**, um Parkplätze in begrünte Aufenthaltsorte umzuwandeln. Die Möbel sollen an lokale Akteure verliehen werden und so das Gemeinschaftsleben in den Quartieren stärken
- Für eine **bessere Fahrradabstellanlage am Hauptbahnhof** sowie öffentliche, sichere und gut erreichbare Fahrradabstellanlagen in Wohngebieten. Städte wie Dortmund zeigen, dass solche Angebote stark genutzt werden und den Radverkehr nachhaltig fördern

Digitalisierung

Digitalisierung in Gelsenkirchen voranbringen

Die digitale Kluft verstärkt soziale Ungleichheit. Menschen ohne Zugang zu digitalen Endgeräten, Internet und digitalen Kompetenzen werden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Gleichzeitig wird Digitalisierung von Unternehmen oft zur Verschärfung von Arbeitsbedingungen genutzt, anstatt sie im Sinne der Beschäftigten zu gestalten.

Wir als Die Linke wollen Digitalisierung voll ausschöpfen.

„Smart City“ heißt für uns: Erleichterung im Alltag für die Bürger*innen – nicht verstärkte Überwachung oder weitere Profite für Konzerne! Datenschutz hat für uns auch auf kommunaler Ebene höchste Priorität. Es darf keine Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte geben.

Wir als Linke fordern:

- Ausbau einer digitalen Grundversorgung für alle – kostenfreies WLAN im öffentlichen Raum, Bibliotheken, Schulen und Bürgerzentren
- Bereitstellung von Endgeräten (z. B. Laptops, Tablets) für einkommensschwache Haushalte – insbesondere für Schüler*innen und Studierende
- Frühzeitige Vermittlung digitaler Grundkenntnisse in der Schule – digitale Bildung muss fester Bestandteil aller Schulformen sein
- Kostenlose Weiterbildungsprogramme für digitale Einsteiger*innen, auch für ältere Menschen
- Freien und unkomplizierten Zugang zu öffentlich finanzierten Daten, Studien und Statistiken
- Stärkung unabhängiger, nicht-kommerzieller Medienplattformen, die von Bürger*innen selbst gestaltet werden können
- Eine gesetzliche Verpflichtung zur Mitbestimmung bei der Einführung digitaler Technologien in Betrieben – für Schutz der Beschäftigten und transparente Prozesse

Was tun in Gelsenkirchen?

Wir kämpfen dafür, dass Gelsenkirchen nicht digital abgehängt wird. Digitalisierung

darf kein Privileg sein – sie muss soziale Gerechtigkeit fördern.

- Die Stadtverwaltung muss auf sichere, kostensparende Open-Source-Software wie Linux umsteigen und schrittweise auf ein papierfreies Büro hinarbeiten
- Die digitale Verwaltung muss barrierefrei, datensicher, mehrsprachig und leicht zugänglich über Websites und Apps sein – ohne den analogen Zugang für Menschen ohne digitale Kompetenzen zu erschweren
- Die digitale Infrastruktur muss sozial gerecht ausgebaut werden. Auch ländliche Gebiete und benachteiligte Stadtteile müssen flächendeckend mit schnellem Internet versorgt werden
- Mehr öffentliche Hotspots an belebten Orten wie dem Nordsternpark, dem Hauptbahnhof oder den Marktplätzen – kostenlos, offen und ohne Registrierung
- Die Stadt Gelsenkirchen soll kommunale Datenplattformen in öffentlicher Hand betreiben – mit Open-Source-Software und unter strenger Beachtung des Datenschutzes
- Projekte wie digitale Nachbarschaftsnetzwerke, Community-Medien oder Bildungsangebote wollen wir gezielt fördern, um Teilhabe und Mündigkeit zu stärken

Digitalisierung muss demokratisch, gemeinwohlorientiert und inklusiv sein – für eine soziale Stadt im digitalen Zeitalter.

Planung

Lebenswerte soziale Städte und Regionen mit gleichwertigen Lebensbedingungen

Die Linke tritt für eine solidarische Stadtentwicklung ein, für lebenswerte und lebendige Städte und Regionen für alle. Die Ansiedlung von Unternehmen, der Wohnungsbau, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse aller Einwohner*innen ausgerichtet sein und dürfen nicht den Profitinteressen von Konzernen, Banken und Investoren untergeordnet werden.

Die Linke hält an dem im Grundgesetz verankerten Grundsatz der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen fest. Bundes- und Landespolitik müssen sich daran messen lassen, und der Landesentwicklungsplan muss darauf ausgerichtet werden.

Soziale Verwerfungen und Klimakatastrophe erfordern neue, nachhaltige Antworten der Stadtplanung

Die gesellschaftliche Entwicklung und Fragen wie die Klimakatastrophe stellen die Stadtentwicklung vor neue Anforderungen. Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich hat in den letzten Jahren zugenommen. Die Armut hat sich verfestigt. In Gelsenkirchen gibt es inzwischen Stadtteile, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder als arm gelten, während der Bezug von Bürgergeld in anderen Stadtteilen kaum eine Rolle spielt. Die Klimakatastrophe wird auch Gelsenkirchen in ihren hochversiegelten Kernbereichen teilweise unbewohnbar machen.

Die Linke setzt sich für soziale Vielfalt in den Stadtteilen und Wohnbezirken ein. Stadtteile mit sozialen Problemen müssen durch ein Quartiersmanagement unterstützt werden, das ihnen hilft, soziale Netzwerke aufzubauen. Diese Quartiersarbeit muss dauerhaft gesichert werden. Die Verbesserung des Wohnumfelds darf nicht zu steigenden Mieten und zur Vertreibung von Bewohner*innen führen.

Als Antwort auf die Erhitzung der Städte müssen mehr Freiflächen erhalten und geschaffen werden. Wir brauchen mehr Grün. Der Flächenverbrauch und die Versiegelung neuer Flächen müssen gestoppt werden. Bei der städtischen Bauleitplanung hat der Umbau im Bestand für Die Linke Vorrang, ebenso die Verdichtung bereits bebauter Flächen, unter Berücksichtigung des lokalen Freiraumbedarfs und der

stadtklimatischen Anforderungen. Die nicht nur im Ruhrgebiet vorhandenen großen altindustriellen, zum Teil seit Jahrzehnten brachliegenden Flächen bieten hier auch Chancen: Ein großer Teil des Flächenbedarfs kann hieraus gedeckt werden, sofern Altlasten entfernt werden. Sie muss vom Land stärker gefördert werden, ebenso ein Grundstücksfonds, der die Kommunen beim Erwerb und der Transformation brachliegender Flächen unterstützt.

Der Einzelhandel muss vor allem angesichts wachsender Probleme mit dem Individualverkehr eine quartiersnahe Versorgung gewährleisten. Daher lehnt Die Linke Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ ab. Das Problem der abends „toten“ Innenstädte kann nur durch eine Belebung des Wohnens und eines breiten Kulturangebots in den Innenstädten gelöst werden – auch wenn Kaufhäuser und Bürogebäude mehr Rendite versprechen. Mehr Sonntagsöffnungen helfen hier nicht. Des Weiteren sind stärkere Eingriffsmöglichkeiten der Städte gegen Spekulation erforderlich.

Nicht zuletzt ist Die Linke für mehr Beteiligung der Einwohner*innen gerade auch in Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung. Viele Großprojekte führen zu Auseinandersetzungen, viele Bebauungspläne werden beklagt. Ein Mittel dagegen ist eine bessere, über die Regelungen des Baugesetzbuches hinausgehende Beteiligung vor der Entscheidung über die Planung von Vorhaben. Bürger*innen-Workshops, gemeinsame offene Diskussions- und Planungsprozesse können unter dem Strich manchmal sogar Prozesse beschleunigen und Rechtsstreitigkeiten vermeiden. Verfahren selbst müssen stärker als bisher auf einen Ausgleich der Interessen und weniger auf die Durchsetzung der Interessen von Investoren ausgerichtet werden.

Die Linke fordert:

- Erweiterung der Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten bei Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren
- Einschränkung des Flächenverbrauchs durch Vorrang für Bauen im Bestand und Innenverdichtung – Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich
- stärkere Unterstützung bei energetischer Sanierung
- vielfältige Stadtquartiere mit unterschiedlichen soziale Lebenswelten
- Unterstützung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“
- Ausbau der öffentlichen Toiletten insbesondere mit Wickelstationen
- Ausweitung des Quartiersmanagements in benachteiligten Stadtteilen
- Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Expert*innen, die bei allen größeren Projekten und nach Bedarf beraten
- Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten sowie Wohnprojekten für ältere Menschen

- keine Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“
- Wiederbelebung von Innenstädten durch Kultur- und Wohnprojekte
- Nutzung von kommunalen Flächen grundsätzlich durch Erbpacht statt Verkauf
- kommunaler, vom Land NRW und der EU geförderter Bodenfonds insbesondere für die Umwandlung von altindustriellen Flächen zu neuer Nutzung
- Anwendung der Nachhaltigkeitsziele SDGs der UNO bei kommunalen Entscheidungen
- Förderung des Denkmalschutzes
- Entwicklung von Mindeststandards für Infrastruktur im ländlichen Raum
- Bekämpfung von Leerstand
- Prüfung leerstehender Gewerbeimmobilien auf die Möglichkeit zur Umwidmung in Wohnraum

Ordnung

Kommunalen Ordnungsdienst entwaffnen

Der kommunale Ordnungsdienst (KOD) ist in Gelsenkirchen in den letzten Jahren immer weiter aufgerüstet worden. Mit immer stärkerer Bewaffnung bis hin zum Einsatz von Hunden werden dessen Mitarbeiter*innen immer bedrohlicher. Dabei gehen sie besonders oft gegen obdachlose Menschen vor, vertreiben diese beispielsweise von ihren Schlafplätzen und stellen ihnen Bußgeldbescheide aus. Ihre Uniform ist dabei meist kaum von der der Polizei zu unterscheiden, sodass sich lediglich am Schriftzug erkennen lässt, um wen es sich handelt. Dies führt zu häufigen Kompetenzüberschreitungen.

Zusätzlich werden an vielen Orten private Sicherheitsdienste eingesetzt, auch sie gehen übermäßig gegen arme und wohnungslose Menschen vor.

Die Linke fordert:

- Entwaffnung des KOD: Der KOD sollte keine Schlagstöcke und kein Pfefferspray mit sich führen. Erst recht stellen wir uns gegen Bodycams, Taser oder Hundestaffeln
- Klare Unterscheidbarkeit von der Polizei. Die Uniformen des KOD müssen auf den ersten Blick von denen der Polizei unterschieden werden können, z. B. durch die Verwendung einer anderen Farbe
- Kein Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten. Private Sicherheitsdienste haben im Schutz des öffentlichen Raums nicht verloren

Kriminalisierung von Armut beenden

Die Ordnungsbehördliche Verfügung ist ein ordnungspolitisches Recht auf kommunaler Ebene. Es wird in vielen Kommunen genutzt, um Armut zu kriminalisieren. Dies macht sich besonders oft in zwei Abschnitten bemerkbar: dem Verbot, auf öffentlichen Flächen zu campieren oder zu übernachten und dem Verbot, auf öffentlichen Bänken zu liegen, dass oft Formulierungen trägt wie „Sitzmobiliar entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“. Beides richtet sich explizit gegen obdachlose Menschen, die keine andere Möglichkeit haben, als auf der Straße zu übernachten. Wir fordern, dass diese Kriminalisierung endlich beendet wird!

Die Linke fordert:

- Streichung des Verbots zu campieren und übernachten aus Ordnungsbehördlichen Verordnungen
- Streichung von „Sitzmobiliar entgegen seiner Zweckbestimmung zu benutzen“ und anderen armutskriminalisierenden Abschnitten aus Ordnungsbehördlichen Verordnungen

Gegen Polizeigewalt

Polizei ist Landessache, doch wirken sich die dort getroffenen Entscheidungen direkt in den Kommunen aus. In NRW sterben besonders häufig Menschen bei Polizeieinsätzen, allein im Jahr 2024 wurden sieben Menschen von der Polizei getötet. Nur in seltenen Fällen kommt es dabei zu einem Prozess, meistens bleibt es für die beteiligten Beamt*innen ohne Konsequenzen.

Polizeieinsätze enden dabei besonders häufig tödlich, wenn Menschen sich in psychischen Ausnahmesituationen befinden. Wir fordern ein Notfallteam aus psychologisch geschultem Personal, das in Fällen von psychischen Ausnahmesituationen mit der Polizei zum Einsatz fährt und deeskalierend tätig ist. Der Einsatz von Tasern in den größeren Städten gefährdet Menschen zusätzlich. Taser sind eine tödliche Waffe, vor denen das UN-Komitee gegen Folter warnt.

Gerade in benachteiligten Stadtteilen geht die Polizei oft besonders brutal vor, während sie gleichzeitig Anzeigen der Bewohner*innen weniger ernst nimmt. Wir fordern, dass die Polizei sich für ihre Arbeit im Stadtteil vor kommunalen Vertreter*innen und der Öffentlichkeit verantworten muss.

Videoüberwachung lehnen wir grundsätzlich ab. Sie schafft keine Sicherheit, sondern verlagert Kriminalität höchstens.

Die Linke fordert:

- Beendigung von Tasereinsätzen
- Pilotprojekt zur Zusammenarbeit der Polizei mit psychiatrischen Kliniken bei Menschen in psychischen Ausnahmesituationen
- keine Videoüberwachung

Friedenspolitik

Friedenspolitik ist Bundessache und hat mit der Kommune nichts zu tun? Weit gefehlt. Die aggressive Aufrüstungspolitik Deutschlands und der EU sowie die Militarisierung der Außenpolitik haben direkte Auswirkungen auf das Leben in unserer Stadt. Diese Entwicklungen führen nicht nur zu Konflikten und Kriegen, sondern belasten auch unsere kommunalen Finanzen und die sozialen Strukturen. Deshalb muss sich auch unsere Kommune stärker aktiv für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen.

Wir als Linke fordern:

- Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete
- Keine Kürzungen bei Sozialausgaben
- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft
- Keine Bundeswehrwerbung in Schulen und Jobmessen, kein „Werben fürs Sterben“
- Keine Anpassung der Lehrpläne zur Kriegsverherrlichung
- Ablehnung der Wiedereinführung der Wehrpflicht
- Aufklärung über Widerspruchsrechte gegen Datenweitergabe an die Bundeswehr
- Unterstützung von Initiativen zur gewaltfreien Konfliktaustragung
- keine Vergabe von Flächen an die Bundeswehr, Rüstungs- und Atomindustrie
- keine Militarisierung öffentlicher Einrichtungen
- der Katastrophenschutz soll zivil bleiben
- Umgestaltung oder Entfernung kriegsverherrlichender Denkmäler
- Städtepartnerschaften mit ukrainischer Stadt
- Städtepartnerschaften mit palästinensischer Stadt
- Förderung von Begegnungsstätten mit Kriegsflüchtlingen
- Der 8. Mai soll als bundesweiter Feiertag anerkannt werden

Unsere Forderungen erklärt:

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, was zu Konflikten und Kriegen führt, aus denen Millionen Menschen fliehen und als Flüchtlinge in unsere Städte kommen, viele von ihnen nach Gelsenkirchen. Dabei übernimmt der Bund nicht die volle finanzielle Verantwortung für diese humanitären Herausforderungen.

Die Mittel für Militär und Aufrüstung ziehen dringend benötigte Ressourcen von den

Kommunen ab. Städte wie Gelsenkirchen sind chronisch unterfinanziert. Der vermeintliche Zwang zur Aufrüstung wird oft als Vorwand genutzt, um bei sozialen Ausgaben zu sparen. Statt eines Panzers sollten 20 Kindergärten oder 200 städtische Angestellte finanziert werden!

Wir müssen uns aktiv gegen die Militarisierung unserer Städte und die Aufrüstungspolitik einsetzen, die nicht nur unsere sozialen Strukturen gefährdet, sondern auch das Leben von Millionen Menschen weltweit beeinflusst. Indem wir uns gegen die Werbung der Bundeswehr in Schulen und die Militarisierung unserer Lehrpläne wehren, schützen wir unsere Kinder vor einer kriegsverherrlichenden Ideologie. Wollt Ihr, dass eure Kinder zur Bundeswehr eingezogen werden? Wir nicht! Deshalb setzen wir uns gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und für die Aufklärung über Widerspruchsrechte gegen die Datenweitergabe an die Bundeswehr ein.

Öffentliche Einrichtungen dürfen nicht militarisiert werden. Krankenhäuser, Brücken und Straßen müssen für zivile Zwecke modernisiert und für die Bevölkerung nutzbar gemacht werden, anstatt kriegstauglich zu sein. In Gelsenkirchen brauchen wir keine zusätzlichen Gewerbeflächen für die Bundeswehr und die Rüstungsindustrie, sondern mehr Raum zum Wohnen und Leben. Der Katastrophenschutz muss zivil bleiben, denn angesichts der wachsenden Gefahren des Klimawandels dürfen wir uns nicht ausschließlich auf den Bund verlassen – das sollte uns das Ahrtal gelehrt haben.

Kriegsverherrlichende Denkmäler sollten entfernt oder durch ergänzende Informationsangebote als solche kenntlich gemacht werden; Straßen und Plätze, die die Namen von Militaristen, Kriegsverbrechern oder kolonialen Persönlichkeiten tragen, sollten nach Persönlichkeiten benannt werden, die sich für Gerechtigkeit und Frieden eingesetzt haben.

Um internationale Solidarität zu zeigen, wollen wir Städtepartnerschaften mit einer ukrainischen und einer palästinensischen Stadt eingehen. Um weiteres Verständnis und Empathie zu fördern, braucht es Kontakt mit Menschen, die vor Kriegen und unzumutbaren Bedingungen in ihren Heimatländern geflohen sind, daher braucht es Begegnungsstätten

Abschließend fordern wir, dass die Stadt Gelsenkirchen sich weiterhin dafür einsetzt, den 8. Mai als bundesweiten Feiertag zum Gedenken an das Ende des Nationalsozialismus zu etablieren – den Tag der Befreiung.

Antifaschismus

In Gelsenkirchen stehen wir für eine Gesellschaft, die Vielfalt, Toleranz und Solidarität fördert. Antifaschismus ist nicht nur eine politische Haltung, sondern ein Grundpfeiler unserer Gemeinschaft. Wir setzen uns aktiv gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung ein. Gemeinsam wollen wir ein sicheres und respektvolles Umfeld für alle Einwohner unserer Stadt schaffen.

Doch nur wenn man sich keine Sorgen um die eigene Existenz machen muss, werden rassistische und faschistische Hetze auf taube Ohren stoßen. Deshalb ist es für die Linke von zentraler Bedeutung, die prekären Verhältnisse zu bekämpfen, unter denen viele Menschen in unserer Stadt leiden: Es ist nicht der Arbeitslose von nebenan, der deine Miete ständig teurer werden lässt. Es ist nicht der Ausländer, der deine Heizkosten steigen lässt. Und es sind nicht die Flüchtlinge, die die Preise in den Läden ständig klettern lassen. Das wollen uns AfD und andere rechtsradikale Kräfte nur einreden, um von den wahren Verursachern der sozialen Probleme abzulenken: vom Großkapital und seinen politischen Handlangern. Sie schüren rassistische und diskriminierendes Denken, um zu verhindern, dass wir uns gemeinsam gegen ungerechte Verhältnisse wehren.

Wir als Linke fordern:

- Keine Kürzungen bei Sozialausgaben
- Gesetzlicher Mindestlohn von 15 Euro
- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft
- Unterstützung von Initiativen gegen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- Unterstützung von Initiativen zur Geflüchtetenhilfe
- Förderung von Begegnungsstätten mit Kriegsflüchtlingen
- Beratungsstellen zur Antidiskriminierung, Antirassismus und Unterstützung von Opfern rechter Gewalt
- intensive antifaschistische Schulungen der Polizei, auch zur Gelsenkirchener Geschichte
- Verbot aller (neo-)faschistischen Organisationen
- Umgestaltung oder Entfernung kriegsverherrlichender Denkmäler
- Der 8. Mai soll als bundesweiter Feiertag anerkannt werden

Unsere Forderungen erklärt:

Die rechte Szene stellt eine alltägliche Bedrohung für viele Menschen in unserer Kommune dar. Vielerorts brennen geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte. Geflüchtete, Migranten, Angehörige der LGBTIQ-Community, Antifaschisten, Gewerkschafter und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert.

Kürzungen bei Sozialausgaben könnten dazu führen, dass benachteiligte Gruppen noch stärker in die Isolation gedrängt werden, was extremistischen Ideologien Vorschub leisten kann. Ein starkes soziales Netz ist entscheidend, um Vorurteile abzubauen und das Verständnis zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern.

Ein angemessener Mindestlohn trägt dazu bei, soziale Ungleichheiten zu verringern. Wenn alle Menschen die Möglichkeit haben, ein würdiges Leben zu führen, wird das gesellschaftliche Zusammenleben gestärkt und der Nährboden für extremistische Ansichten verringert.

Die Militarisierung der Gesellschaft führt sehr direkt zur Verbreitung faschistischer und rechter Ideologie. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus gehört zusammen!

Wir brauchen ein breites antifaschistisches Netzwerk zivilgesellschaftlicher Projekte gegen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie von Initiativen zur Geflüchtetenhilfe, etwa durch Begegnungsstätten für Kriegsflüchtlinge. Nur durch einen intensiven sozialen Austausch können wir sicherstellen, dass faschistische Ideologien keinen Nährboden finden.

Die Erinnerung an die Verbrechen des Faschismus ist ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Rechts. Daher fordern wir, den 8. Mai als bundesweiten Feiertag zum Gedenken an das Ende des Nationalsozialismus – den Tag der Befreiung – zu etablieren.

Das Andenken an den vielfältigen Widerstand gegen das Naziregime verpflichtet uns zu einer klaren Haltung. In Anbetracht der Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus durch die extreme Rechte ist es unerlässlich, die Gedenkstätten für die Opfer und den antifaschistischen Widerstand zu erhalten, zu pflegen und stärker bekannt zu machen.

Wir engagieren uns für eine generationsübergreifende Geschichtsarbeit, welche die Auseinandersetzung mit der faschistischen, kolonialen und imperialistischen

Vergangenheit Deutschlands fördert. Wir fordern eine spezifische Erinnerungskultur, die auch die Opfer rechter Gewalt der Gegenwart einbezieht, etwa durch die Benennung von Straßen, Plätzen und Schulen.

Unsere kommunale Erinnerungskultur trägt dazu bei, dass die Verbrechen des Faschismus nicht in Vergessenheit geraten. Die Verlegung von Stolpersteinen, die Aufarbeitung von Euthanasieverbrechen, die Erinnerung an die Schicksale von Zwangsarbeitenden in unserer Stadt sowie Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten sind wichtige Beiträge dazu. Öffentliche Ausstellungen und Theateraufführungen zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen tragen ebenso dazu bei, das historische Bewusstsein wachzuhalten, wie moderne Multimedia-Projekte, die sich mit Erinnerungskultur auseinandersetzen.

Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse und gelegentlich auch zivilen Ungehorsam, um rechtsradikalen Aktivitäten und Strukturen offensiv entgegenzutreten. Ein wichtiger Bestandteil dieser Strategie ist, dass es in Kommunalparlamenten keinerlei Zusammenarbeit mit Rassisten und Faschisten geben darf. Unterstützung für ihre Anträge oder die Teilnahme an interfraktionellen Initiativen mit ihnen führen zur Normalisierung rechter Positionen und sind konsequent zu vermeiden.

Die Linke stellt sich gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung und kämpft für eine multikulturelle Gesellschaft ohne Ausgrenzung. Wir setzen uns dafür ein, dass rechte Organisationen keinen Raum für ihre Ideologie finden – weder in der Politik noch im öffentlichen Raum.

Geschlechtergerechtigkeit und Queerpolitik

Geschlechtergerechtigkeit und Queerpolitik in Gelsenkirchen verwirklichen

Gleichstellung ist kein „nice-to-have“, sondern eine Voraussetzung für eine demokratische, gerechte Gesellschaft. In Gelsenkirchen erleben Frauen, queere Menschen, insbesondere Jugendliche, nach wie vor Diskriminierung und Unsicherheit im öffentlichen Raum. Die Stadt hat die Pflicht, den Schutz und die Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Identitäten aktiv zu gestalten.

Wir fordern eine „Safe City“ für alle Menschen – insbesondere für Frauen, Queers und Migrant*innen.

Gelsenkirchen muss als vielfältige, offene Stadt vorangehen. Diskriminierung, Sexismus, Queerfeindlichkeit und Gewalt dürfen hier keinen Platz haben.

Was tun?

- Städtische Jugendtreffs müssen zu empowernden, sicheren Orten für junge Menschen ausgebaut werden – mit gezielten Angeboten für queere Jugendliche und junge FLINTA (Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans und agender Personen).
- Mehr Sozialarbeiter*innen an Schulen, Jugendtreffs und Anlaufstellen – mit Schwerpunkt auf Gewaltprävention, queerer Aufklärung und individueller Begleitung.
- Der Ausbau von queeren Anlaufstellen wie „Together“ braucht eine gesicherte städtische Finanzierung, geeignete Räumlichkeiten und mehr Personal.
- Stärkere Sichtbarkeit, Sicherheit und Förderung von queeren Veranstaltungen wie z.B. dem CSD Gelsenkirchen: mit mehr Sanitätern, geschultem Sicherheitspersonal, Öffentlichkeitsarbeit und stärkerer kommunaler Unterstützung und Präsenz.
- Ausbau von AIDS- und Gesundheitsberatungsstellen, inkl. Aufklärung zu PrEP, Safer Sex und psychischer Gesundheit – niedrigschwellig und offen für alle Geschlechter und Identitäten.
- Verpflichtende Fortbildungen für alle, die in Verwaltung, Behörden, Schulen

und Kitas mit queeren Menschen arbeiten – zur Sensibilisierung und Vermeidung struktureller Diskriminierung.

- Queere Projekte und Initiativen in der Stadt müssen mit städtischen Mitteln gefördert, sichtbar gemacht und dauerhaft finanziell gesichert werden.

Für eine feministische und inklusive Stadtgesellschaft:

- Verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern und queeren Schutzräumen. Kein Mensch darf durch häusliche oder sexualisierte Gewalt schutzlos bleiben.
- Gelsenkirchen muss Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen sichern – wohnortnah, niedrigschwellig, ohne moralischen Druck.
- Alleinerziehende brauchen mehr Unterstützung – wir fordern bevorzugten Zugang zu sicheren Kitaplätzen, kostenfreien Kitaangeboten und sozialer Beratung.

Wir setzen uns für gleiche Bezahlung in städtischen Betrieben ein – der Gender Pay Gap muss geschlossen werden!

- Unterstützung und Entstigmatisierung aller Berufsbilder: Wir fordern eine Männerquote in sozialen Berufen, um überholte Rollenbilder zu durchbrechen. Rollenbilder aufbrechen heißt auch: mehr Männer in Pflege, Erziehung und Sozialarbeit – dafür braucht es aktive Förderung und Imagewandel.

Für mehr Sicherheit im öffentlichen Raum:

- Erweiterung des Netzes öffentlicher Notrufsäulen im gesamten Stadtgebiet.
- Einführung von Taxigutscheinen für Frauen nach dem Vorbild Münchens – als sichere Heimfahrtoption in den Abend- und Nachtstunden.

Unser Ziel:

eine Stadt der Vielfalt, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir wollen, dass Gelsenkirchen zu einem Ort wird, an dem niemand Angst haben muss, aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität benachteiligt oder bedroht zu werden.

Migration

Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen

Das Rheinland und Westfalen sind seit über 100 Jahren Einwanderungsregionen für arbeits- und schutzsuchende Menschen. Sie alle sind uns willkommen, und es ist unsere Pflicht, ein sicherer Hafen für diese Menschen zu sein und ihnen die Chance auf vollständige Integration zu bieten. Als Linke stehen wir für eine solidarische Integrationspolitik, die Menschenrechte achtet und Diskriminierung entgegnet.

Die Linke ist inzwischen die einzige Partei im Bundestag, die das Recht auf Asyl konsequent verteidigt. Wir bleiben dem Grundsatz treu: Kein Mensch ist illegal!

Statt auf Ausgrenzung und Abschottung setzen wir auf Investitionen in Integration durch inklusive Bildung und gute Arbeitsplätze. In Gelsenkirchen gibt es nicht zu viele Eingewanderte, sondern zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu schlecht ausgestattete Schulen und Kitas, zu wenig Ärzt*innen und Pfleger*innen. Mehrsprachigkeit von Menschen sehen wir als Chance statt als Problem. Die Rechte von Geflüchteten stellen wir nicht gegen die Rechte der schon lange hier lebenden Menschen.

Wir wollen Migrant*innen-Selbsthilfeorganisationen und Integrationsräte in die politischen Entscheidungen auf städtischer Ebene einbeziehen.

Wir fordern für eine gelungene Integration:

- Gelsenkirchen muss dem Bündnis „Städte Sicherer Häfen“ beitreten
- Geflüchtete dezentral und menschenwürdig unterbringen
- städtische Antidiskriminierungsstelle schaffen
- Geflüchteten und Eingewanderten aus anderen EU-Staaten muss sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht werden, Sprach- und Integrationskurse zu absolvieren
- Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden
- Ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse müssen schneller anerkannt werden. Gleiche soziale und politische Rechte für alle
- Erleichterung der kommunalen Unterstützung bei der Beantragung von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten
- sozialräumliche Integrationsarbeit als zentralen Bestandteil der

Stadtentwicklung

- Beratungsstellen zur Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und zur Arbeitsmarktintegration mit herkunftssprachlichen Berater*innen
- Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen
- Schaffung von kommunal angebundenen Antidiskriminierungsstellen
- Förderung der Selbstorganisationen von Migrant*innen
- Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen
- kommunale Finanzierung von Dolmetscher*innen für alle Behördengänge
- Einbeziehung von Migrant*innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der Kommunen

Inklusion

Inklusion ermöglichen, Sondereinrichtungen abschaffen oder umwandeln

Die Linke kämpft für das Recht aller Menschen auf volle Teilhabe und ein gutes Leben. Das schließt inklusive Bildung, reguläre Arbeit und selbstbestimmtes Wohnen in der Gemeinde ebenso ein wie barrierefreie Teilhabe an Erholung, Kultur, Freizeitaktivitäten, Reisen und Sport.

Alle Sondereinrichtungen, in denen Menschen mit Behinderungen ausgegrenzt werden, müssen nach und nach abgeschafft oder umgewandelt werden. Dies gilt für Förderschulen, Werkstätten sowie Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Stattdessen muss es in der Regelschule, dem 1. Arbeitsmarkt oder im Wohnbereich genug Assistenz, Barrierefreiheit und ein barrierefreies Umfeld geben, damit selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen möglich ist. Dazu gehört auch ein neuer Blick auf Lernziele und Arbeit: Es geht um Teilhabe und nicht um höchstmögliche Leistung. Dabei muss eine individuelle Lösung für jede Person ermöglicht werden.

Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Inklusion. Eine inklusive Gesellschaft schließt alle Menschen ein, ob mit oder ohne Behinderungen. So profitieren von den Aufzügen in den Bahnhöfen zu den Bahnsteigen Menschen mit kleinen Kindern, Menschen mit viel Gepäck, Senior*innen, Fahrradfahrer*innen und Menschen mit Behinderungen. Mit barrierefreier Sprache z. B. können alle Menschen eher und selbstständiger ihre Rechte kennenlernen und durchsetzen wie z. B. ihre Rente beantragen.

Die Linke fordert:

- Erarbeitung und Erstellung eines Inklusionsplanes unter breiter Beteiligung der Selbsthilfegruppen und -organisationen der Menschen mit Behinderungen und ohne Behinderungen gleichermaßen
- Schulung von Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und offensive Information der Verwaltung zum persönlichen Budget, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt wohnen, leben, lernen und arbeiten können
- Unterstützung von Initiativen und Förderung von öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft einschließlich der Familie

das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern

- umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien, z. B. Wahlschablonen für Sehbehinderte und Blinde, Wahleinrichtungen)
- Bildung von Behindertenbeiräten in allen Kommunen, deren Mitglieder von den Betroffenen demokratisch gewählt werden und die Rederecht und Antragsrechte in den Räten und Ausschüssen haben
- Ernennung einer/s Inklusionsbeauftragten in jeder Kommune; diese*r soll u. a. Ansprechpartner*in für alle Bezugsgruppen sein
- die Einrichtung von Inklusionsbüros, in denen Inklusionsbeauftragte, Migrations-, Senioren- und Gleichstellungsbeauftragte gemeinsam für die Teilhabe aller Menschen zusammenarbeiten können

Bauen, Wohnen und Verkehr:

- flächendeckende aufsuchende Wohnraumberatung für Senior*innen und Menschen mit Behinderungen, zum barrierefreien Umbau der Wohnung und der Förderung dafür, damit sie die Möglichkeit haben, länger und selbstständig zu Hause zu wohnen
- systematische Überprüfung der öffentlichen Gebäude auf Barrierefreiheit unter Einbeziehung der Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen
- Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen. Dazu soll verpflichtend die Agentur Barrierefrei NRW eingeschaltet werden
- Ausstattung der öffentlichen Gebäude und der kulturellen Einrichtungen mit Höranlagen und optischen Signalen in Aufzügen und für Notfälle
- flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte Menschen im ganzen öffentlichen Raum
- Ausstattung des ÖPNV sowie der Haltestellen mit Sprachausgabe
- verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs in Richtung Barrierefreiheit mit Zeitplan und ausgestattet mit den notwendigen finanziellen Mitteln
- Umrüstung der Fahrzeuge und Haltestellen des ÖPNV in Richtung Barrierefreiheit
- Erstellung eines kommunalen Stadtplanes zu barrierefreien Einrichtungen und Dienstleistungen
- Schulung der Fahrer*innen des ÖPNV zum Umgang mit älteren Menschen und

Bildung, Kultur und Arbeit:

- Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung,
- barrierefreier Ausbau der Stadtbibliotheken und bedarfsgerechte Ausstattung mit barrierefreien Medien, z. B. Bücher in Großschrift, Hörbücher, Bücher in Leichter und Einfacher Sprache, Brailleschrift und in anderen Sprachen
- Barrierefreiheit bei Kulturveranstaltungen und in kulturellen Einrichtungen
- Schaffung von mehr Arbeits- und Ausbildungsplätzen und Inklusionsabteilungen für Menschen mit Behinderungen in den kommunalen Verwaltungen und Unternehmen
- Vergabe von kommunalen Aufträgen und des Caterings von Schulen und öffentlichen Einrichtungen an Inklusionsbetriebe
- Förderung eines inklusiven Arbeitsmarktes durch die kommunalen Jobcenter

Gesundheit und Pflege:

- „Daheim statt im Heim“ – diese Forderung ist umzusetzen durch eine Förderung des barrierefreien und sozialen Wohnungsneu- und -umbaus bei den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften
- Aufstockung des Personals der Heimaufsicht, auch um die Einhaltung von Gewaltschutzkonzepten zu überprüfen
- Erstellen einer kommunalen Karte von barrierefreien Gesundheitseinrichtungen (z. B. Arzt- und Physiopraxen, Apotheken, Hebammen, Krankenhäuser)

Beratung, Kommunikation und Information:

- es ist eine barrierefreie und transparente Verwaltung zu schaffen – vom Formular über die Webseite bis zum Gebäude
- Beratungsangebote in Leichter Sprache
- sämtliche von der Kommune zur Verfügung gestellten Dienste müssen barrierefrei sein
- alle Schriftstücke der Verwaltung sind auch in Leichter und Einfacher Sprache und als Audiodatei herauszugeben, damit alle Bürger*innen ohne Hilfe ihre Leistungen erhalten können
- alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen müssen barrierefrei sein, einschließlich Gebärdensprachdolmetschen bei Bedarf

- Auflistung und Veröffentlichung aller barrierefreien Beratungsangebote (EUTB, Rechtsanwälte etc.)

Seniorenpolitik

Wir setzen uns für ein aktives und selbstbestimmtes Leben im Alter ein, die Bedürfnisse und Wünsche älterer Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wir glauben, dass Senioren eine wertvolle Ressource für unsere Gesellschaft sind und dass sie die Möglichkeit haben sollten, aktiv am Leben in der Gemeinde teilzunehmen.

Daher fordert Die Linke:

- Förderung von kommunalen Mehrgenerationenhäusern, diese Einrichtungen bieten Raum für Begegnungen, Austausch und gemeinsame Aktivitäten zwischen Jung und Alt. Sie fördern den Zusammenhalt in der Gemeinde und stärken das Miteinander
- Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit, indem wir finanzielle Anreize in Form von Aufwandsentschädigungen anbieten. Zudem fordern wir ein Anerkennungsprogramm, das die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen würdigt und sichtbar macht
- Zugang zu kulturellen und sozialen Angeboten, wie Veranstaltungen, Ausstellungen, Konzerte und Freizeitaktivitäten, die speziell auf die Interessen und Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind
- Fortbildungsprogramme für Senioren, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern, bieten wir Fortbildungsprogramme für Senioren an. Diese Programme sollen Wissen und Fähigkeiten vermitteln, die es älteren Menschen ermöglichen, aktiv und selbstbestimmt zu bleiben. Themen wie digitale Medien, Gesundheit und kreative Hobbys stehen dabei im Fokus
- Soziale Beratungsstellen für Senioren. Wir fordern die Einrichtung von sozialen Beratungsstellen, die speziell auf die Bedürfnisse von Senioren ausgerichtet sind. Diese Stellen bieten Unterstützung und Informationen zu Themen wie Pflege, finanzielle Hilfen, rechtliche Fragen und soziale Integration
- Wir fordern für Senioren ab 60 Jahren den Zugang zum kostenlosen ÖPNV

Klimaschutz, Energiewirtschaft, Agrarpolitik, Umwelt- und Tierschutz

Kommunaler Klimaschutz

Nahezu alle kommunalen Politikfelder betreffen auch den Klimaschutz: Wohnen, Verkehr, Energieversorgung, die Wirtschaftsförderung, das Grün- und Waldflächenmanagement, und vieles andere. Wir müssen die betreffenden Politikfelder den Zwecken der Kapitalmehrung und des kurzfristigen Gewinnstrebens so weit wie möglich entziehen.

Wir wollen alle Aspekte eines sozial-ökologischen Umbaus verbinden, hin zu Gemeinwohlorientierung, kooperativem Wirtschaften und ökologischer Nachhaltigkeit.

Schutz vor den Folgen des Klimawandels

Fassaden und Dächer sollen begrünt werden. Dafür wird ein Gründachpotential-Kataster angelegt. Gründächer sorgen für bessere Luft und binden Feinstaub. Sie können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten schaffen.

Gegen Starkregenereignisse wie z.B. Flutkatastrophen müssen Vorkehrungen getroffen werden. Es müssen städtebauliche Maßnahmen gegen Überflutungen ergriffen werden. Flächen müssen weiter entsiegelt werden. Fließgewässer müssen ebenso renaturiert werden wie trockengelegte Feuchtgebiete.

Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische, tiefwurzelnde Sorten bevorzugt, sofern sie auch den veränderten Bedingungen der Klimaerwärmung noch angepasst sind.

Natur- und Artenschutz und Agrarpolitik

Linke Kommunalpolitik hat zum Ziel, dass Agrarpolitik sozial, ökologisch und am Tierwohl orientiert ist. Dem Naturschutz und dem Schutz der Artenvielfalt kommt durch die Folgen des menschengemachten Klimawandels eine besondere Rolle zu.

Wir fordern, um eine sozialökologische Landwirtschaft zu stärken und die Natur zu schützen:

- Auf Ackerschlägen sollen Wild- und Insektenschutzstreifen eingerichtet werden
- Keine synthetischen Pestizide auf kommunalem Agrarland
- Nicht verpachtete oder von der Kommune selbst bewirtschaftete Flächen sind als Insekten- und Wildschutzraum umzugestalten
- Bestehende Pachtverträge sind in den kommenden zehn Jahren dahingehend umzustellen oder zu kündigen
- Wir fordern die Umstellung der Versorgung von allen öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten auf vorrangig pflanzliche ökologische, saisonal und regional erzeugte Nahrungsmittel
- Bestehende Biotope müssen verbunden werden
- Kommunale Wälder zu Mischwäldern umgestalten oder der Natur überlassen
- Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün biodivers gestalten
- Unnötige Lichtemissionen müssen vermieden werden
- Sichere Verkehrswege für wandernde Arten anbieten

Energiepolitik

Linke Energiepolitik auf kommunaler Ebene braucht eine sozialökologische Wende. Eine sichere, nachhaltige, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung ist das Ziel unserer Politik. Die Rekommunalisierung und die nötige Umstellung auf erneuerbare Energieträger bis 2035 streben wir an. Die Versorgung der Einwohner*innen mit Energie gehört in die öffentliche Hand und darf nicht profitorientiert sein.

- Die Linke fordert bezahlbaren Strom und bezahlbare Heizenergie für alle
- Den Zugang zu Energie zu ermöglichen, ist eine grundlegende Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge. Daher fordern wir einen Strom-Sozialtarif für einkommensschwache Einwohner*innen, um den wachsenden Ungleichheiten bei der Energieversorgung entgegenzuwirken und das Recht auf Strom für alle zu verwirklichen
- Wir wehren uns gegen Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen durch die Energieversorger
- Kein weiterer Verkauf von Teilen unserer Stadtwerke. Das Strom- und Gasnetz darf nicht verkauft werden!
- Gelsenkirchen soll über Energiegenossenschaften und den Stadtwerken

Ökostromprojekte entwickeln. Diese sollen einen Plan entwickeln, wie sie bis zum Jahr 2030 ausschließlich hochwertigen Ökostrom anbieten können. Öffentliche Gebäude von Kreisen und Kommunen sollen schon heute mit hochwertigem Ökostrom versorgt werden

- Die Sanierung des alten Gebäudebestandes wird mit einer Sanierungsrate von mindestens fünf Prozent pro Jahr vorangetrieben
- Neue städtische Gebäude werden mindestens nach Effizienzstandard KfW 55, mit einer Photovoltaikanlage und – wo immer möglich – gleichzeitig mit einem begrünten Dach gebaut

Gelsenkirchen muss bis 2026 einen Wärmeplan erstellen. Dieser muss sozial verträglich gestaltet werden.

Wohnen und Bauen sind für 40 Prozent der Treibhausgase in Deutschland verantwortlich. Eine Wärmewende ist unerlässlicher Bestandteil von Klimapolitik: Gebäude müssen saniert, Heizungen umgestellt werden. Das darf nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Mieter*innen und Eigenheimbesitzer*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen führen. Eine warme Wohnung für alle muss bezahlbar sein. Mieter*innen können ihre Heizungen nicht wechseln, deshalb lehnen wir CO₂-Preise im Wärmebereich ab.

Tierschutzpolitik

Seitdem 2013 durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes der Tierschutz zum Staatsziel erklärt wurde, hat sich für die Tierwelt nicht wirklich viel verbessert. Die Tierwelt insgesamt – insbesondere die sogenannten Nutztiere – werden bisher weiterhin der Vermarktung und dem Profitstreben unterworfen.

Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren. Wir wollen quälende Haltungsformen beenden und wissen doch, dass keine Gefangenschaft jemals zu 100 Prozent artgerecht sein kann. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter gefördert werden.

Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig von ihrem Nutzwert.

Die Linke in Gelsenkirchen fordert:

- keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren inkl. Ponykarussells auf

Volksfesten

- Stärkung der Tierschutzorganisationen
- Ausbau der Kontrollen der Tierhaltung durch unabhängige Prüfer
- soziale Staffelung der Hundesteuer, besser Abschaffung
- kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen
- Ausweitung der Finanzmittel für örtliche Tierheime durch Übernahme der realen Kosten
- Erstellung eines Stadttaubenkonzeptes
- keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken
- Börsen exotischer Tiere verbieten
- Silvesterböllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen

Sportpolitik

Sport als Grundlage für Gesundheit, Inklusion und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Linke setzt sich für eine inklusive Sportlandschaft ein, die allen Menschen zugänglich ist und barrierefreie Angebote bietet. Wir wollen Sportangebote für alle Geschlechter und Altersgruppen. Alle Menschen müssen die Chance erhalten, Schwimmen als wichtige Überlebenstechnik zu erlernen.

Die Linke setzt sich für eine gerechte Sportförderung ein. Denn die Förderung von Sportangeboten ist wichtig für:

- die Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung und des Gemeinschaftssinns
- die Förderung von Gesundheit und Prävention
- den Erhalt und Ausbau des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die Linke fordert für Gelsenkirchen eine Politik, die

- den kostenlosen Eintritt in Schwimmbäder und vergünstigte Sozialtarife für Transferleistungsbeziehende sicherstellt
- Nutzungsgebühren für Sportvereine im Breitensport abschafft
- kommunale Förderung für gemeinnützige Gesundheitszentren schafft, die Menschen jedes Alters, insbesondere Berufstätige, Senior*innen, Migrant*innen und Menschen mit Behinderungen erreichen
- Projekte und Vereine mit hohem Anteil an Kindern, Jugendlichen, Migrant*innen und einkommensschwachen Menschen besonders fördert
- eine „Initiative Vereinssport“ auflegt, um Kindern bei Schuleintritt ein Jahr Mitgliedschaft im Sportverein zu finanzieren
- die Förderung von Fanprojekten zur Gewaltprävention sicherstellt und eng mit Sportvereinen zusammenarbeitet

Kulturpolitik

Kunst und Kultur für Alle

Öffentliche Kulturförderung wird wie viele Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge zusammengestrichen, obwohl Kultur sich besonders und unmittelbar auf die Lebensqualität auswirkt. Bibliotheken, Musikschulen, Musiktheater und Museen müssen mit immer knapper werdenden finanziellen Mitteln auskommen. Auch freie Träger, Spielstätten, Initiativen und weitere Akteure der freien Szene sind derzeit durch massive Kürzungen bedroht.

Kulturelle Förderung muss unabhängig von politischen Machtinteressen gewährleistet sein und darf nicht als Mittel zur Einschränkung unliebsamer Akteur*innen genutzt werden. Die Bekämpfung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie etwa Sexismus, Rassismus und Antisemitismus, muss als integraler Bestandteil der Kulturförderung anerkannt bleiben.

Die Aufgabe von Kulturpolitik geht aber darüber hinaus. Der Förderung von Soziokultur, selbstverwalteten Bürger*innen- und Jugendzentren, der eigenen kulturellen Betätigung von Laien, von der Herstellung von Kleidung über Malen und Singen sowie Erzählen der eigenen Geschichte bis zur Theaterarbeit muss ein breiter Raum und eine große finanzielle Unterstützung gewährt werden.

Gelsenkirchen erhält über eine Schlüsselzuweisung Steuermittel für die kulturellen Aufgaben. Diese Zuweisungen sind zumeist unzureichend, um die vielfältigen kulturellen Aufgaben zu finanzieren.

Die Linke fordert:

- Sichere Finanzierung von Kultureinrichtungen generell
- Institutionelle und somit planbare Förderung von Künstler*innen und Kultureinrichtungen
- Kommunale Förderprogramme sollten sich an der neuen Honorarmatrix des Landes NRW orientieren und sicherstellen, dass Honoraruntergrenzen eingehalten werden. Dabei darf es nicht zu einer Reduzierung kultureller Projekte und Initiativen kommen
- Kommunale Beratungsangebote zur Weiterentwicklung von Kulturprojekten und ihrer Finanzierung
- Sicherung und Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und

städtischer Musikschulen

- Sicherung der kommunalen Zuschüsse für örtliche Kunst- und Kulturvereine
- Förderung und Pflege der Orte der Erinnerungskultur und Unterstützung von Initiativen, die sich aktiv mit Erinnerungskultur auseinandersetzen
- Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti
- Wir regen die Lenkung von Spenden für den Kulturbetrieb in Gelsenkirchen an und fordern entsprechende Sponsorenmodelle anzubieten und zu bewerben

Kulturschaffende absichern

Der überwiegende Teil der Menschen, die beruflich im Kulturbetrieb tätig sind und keine Festanstellung in einem der öffentlichen Kulturbetriebe haben, arbeitet unter prekären Bedingungen. Ihre Kulturbegeisterung geht zumeist mit Selbstaussbeutung und einer breiten Palette von Nebentätigkeiten einher, um ihren Lebensunterhalt annähernd zu sichern.

Achtzig Prozent der Tätigen im Kultursektor sind weiblich, wobei auch in diesem Arbeitsfeld die leitenden Positionen überwiegend von Männern besetzt sind. Menschen mit einem internationalen Familienhintergrund sind auch in den Führungspositionen der Kultureinrichtungen weit unterrepräsentiert, obwohl gerade sie besonders zur kulturellen Vielfalt und kulturellen Entwicklung beitragen könnten.

Die Linke setzt sich ein für:

- Die Sicherung und Tarifbindung der Arbeitsverhältnisse in Kulturbetrieben
- Die Festanstellung von Künstler*innen an Schulen, Musikschulen und Volkshochschulen, zumal die Rechtslage Honorarverträge nur noch sehr begrenzt zulässt
- Die geschlechtergerechte Besetzung von Stellen im Kultursektor und auch in diesem Arbeitsfeld fordern wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männern

Kulturelle Teilhabe ist mehr!

Teilhabe an Kultur heißt nicht nur preiswerte Theater- oder Konzertkarten, ermäßigte Gebühren für Volkshochschulkurse oder die kostenfreie Nutzung der öffentlichen Bibliothek. Teilhabe an Kultur beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken und entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen. Der Zugang zu Kunst und Kultur ist individuell unterschiedlich. Finanzielle Hindernisse sowie soziale und bildungsmäßige

Unterschiede existieren weiterhin.

Kulturelle Bildung beginnt in den Kindertagesstätten, findet im Schulalltag statt und begleitet uns in der Erwachsenenbildung und erweitert unseren Blickwinkel im Besonderen mit vielfältigen Kulturangeboten. Sie bietet einen wesentlichen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung. Kulturelle Angebote müssen für Menschen aller Altersgruppen zugänglich sein – unabhängig von ihrer sozialen Lage, einer Beeinträchtigung oder ihrer ethnischen Herkunft.

Die Linke fordert:

- freie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes
- freien Eintritt in öffentlichen Kultureinrichtungen wie Theater und Konzerthallen für Leistungsbezieher*innen (SGB II, SGB XII, Schüler*innen, Student*innen und Rentner*innen)
- Ausbau der öffentlichen und freien musische Förderung von Kindern von Leistungsbezieher*innen über das Bildungs- und Teilhabepaket.

Kultur ist und bleibt ein lebendiger und politischer Bestandteil unseres Lebens!

Die Linke wird im Rahmen der öffentlichen Finanzpolitik neben der zentralen sozialen Frage immer auch die Förderung kultureller Vielfalt und ihre Teilhabe zum Wohle aller Menschen im Fokus behalten.